

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 49

Artikel: Nach der neoliberalen Revolution : Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nach dem Thatcherismus
Autor: Atzmüller, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach der neoliberalen Revolution

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nach dem Thatcherismus

„Today the greatest challenge for any democratic government is to refashion our institutions to bring this new workless class back into society and into useful work, and to bring back the will to win.“ (Tony Blair, Rede im Aylesbury Estate, Juni 1997, zit. n. Peck 2003)

Welfare-to-work ist ein zentrales Element des Regierungsprojekts der 1997 angetretenen New-Labour-Regierung und Ergebnis der umfassenden Erneuerung der politischen Programmatik der Labour Party in den 1990er Jahren, in der das Ziel einer demokratisch sozialistischen Überwindung des Kapitalismus aufgegeben wurde. Angesichts fortgesetzter Wahlniederlagen brachten die Modernisierer um Tony Blair die alte Labour-Partei dazu, die Ergebnisse des Thatcherismus weitgehend zu akzeptieren und eine neue politische Programmatik zu übernehmen – den „Dritten Weg“ à la Anthony Giddens (vgl. u.a. Widerspruch 34, 1997). Um weitere Niederlagen zu vermeiden, musste Labour glaubhaft machen, dass es keine Rückkehr zur früheren Tax-and-spend-Politik geben würde und dass die Wirtschaft „safe in Labour's hands“ sein werde. Trotzdem versprach die Regierung eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, um die vom Thatcherismus bewirkte gesellschaftliche Polarisierung und Verarmung zu überwinden. Kein Teil der Bevölkerung sollte durch Arbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildung und inadäquaten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen davon abgehalten werden, die Möglichkeiten des flexibilisierten Kapitalismus zu nutzen. Da New Labour Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für Individuen und Communities als zentrale Ursache für sozialen Ausschluss und Armut ansieht, steht die Aufnahme von Lohnarbeit im Zentrum der Maßnahmen zur sozialen Integration und Bekämpfung der Armut. Ziel der Welfare-to-work-Maßnahmen ist die Erneuerung des Arbeitsethos, da Labour die populäre Annahme rechter Ideologen übernommen hat, dass soziale Sicherungssysteme Abhängigkeit erzeugen („welfare dependency“) und Eigenverantwortung verhindern. Soziale Sicherung habe demnach einen negativen Effekt auf Verhaltensweisen und Einstellungen von SozialleistungsempfängerInnen, da sie die Moral der Individuen und Communities auf Dauer untergrabe.

Welfare-to-work ist eine Strategie der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsabhängigkeit und der Aktivierung von Arbeitslosen (Gray 2004), die auf soziale Inklusion und Überwindung der Armut durch Re-kommodifizierung (stärkere Marktanbindung) der Ware Arbeitskraft abzielt.

Workfare beschreibt in der Regel eine Reorientierung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Programme, welche den Bezug von Leistungen an Gegenleistungen der Arbeitssuchenden bindet. Dazu gehören etwa die Teilnahme an Informations- und Beratungsgesprächen, aktive Arbeitssuche, die an der Zahl der Bewerbungsschreiben u.ä. gemessen wird, aber auch gemeinnützige Arbeit sowie die Teilnahme an Kursen. Gemessen am finanziellen Volumen der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik, das in den EU-Staaten 2000 / 2001 bei etwas weniger als 1 Prozent des BIP lag (zum Vergleich: der Gesamtanteil der sozialpolitischen Ausgaben am BIP liegt im Durchschnitt der EU-Staaten bei etwa 28.8 Prozent), scheint Workfare also vordergründig einen randständigen, wenn auch aufgrund der Arbeitslosigkeitsproblematik in Europa symbolisch zentralen Bereich der sozialen Sicherungssysteme zu betreffen.

Wie ich aufzeigen möchte, kann auf diese Weise jedoch nicht die Bedeutung der Welfare-to-work-Strategie der Labour-Regierung für die Konstitution eines postfordistischen Regulationsmodus erfasst werden. In den regulationstheoretischen Debatten zur Ablösung des fordistischen Wohlfahrtsstaates wird Workfare eine strategische Bedeutung in der Entstehung postfordistischer Formen der Regulation zugeschrieben. So sprechen z.b. Jamie Peck (1996, 2003) und Bob Jessop (2002) in diesem Kontext von der Entstehung sogenannter Workfare-Staaten. Mit dem Begriff Workfare sollen erstens die postfordistischen Formen der Re-Regulation der Arbeitsmärkte und der Formen, Möglichkeiten und Verpflichtungen gesellschaftlicher Gruppen, an diesen teilzunehmen, sowie zweitens die Umgestaltung der in den sozialen Sicherungssystemen konstituierten Logiken und Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskräfte und ihrer Familien charakterisiert werden. Workfare-Staaten setzen die fortschreitende Unterordnung der Sozialpolitik unter behauptete wirtschaftspolitische Erfordernisse im Standortwettbewerb (Jessop 2002, 152) durch.

Wie am Beispiel der Welfare-to-work-Programmatik New Labours gezeigt werden kann, ist Workfare aber nicht einfach auf die Durchsetzung neoliberaler Formen des Sozialabbaus zu reduzieren. Mit Blick auf die Entwicklungen Großbritanniens seit 1997 kann vielmehr gezeigt werden, dass Welfare-to-work neue staatliche Praktiken und Institutionen hervorbringt, die über den Neoliberalismus hinausgehen und Vorstellungen einer inklusiven Gesellschaft, die allen faire Chancen bietet, mit den Imperativen einer globalisierten Ökonomie zu einem tragfähigen postfordistischen Entwicklungsmodell verbinden will. Soziale Inklusion und Chancengleichheit werden auf die individuelle Beteiligung am Arbeitsmarkt und im Wettbewerb reduziert; ein alternativer Gesellschaftsentwurf ist in der Programmatik New Labours nicht mehr vorgesehen.

Im ersten Teil meines Beitrages werde ich die Bedeutung von Workfare für die Entstehung einer postfordistischen Regulationsweise diskutieren. Danach werde ich die Welfare-to-work-Strategie der Labourregierung

darstellen. Abschließend werde ich der Frage nachgehen, inwieweit diese Maßnahmen Rückschlüsse auf die Durchsetzung eines über den Thatcherismus hinausgehenden Regulationsmodus zulassen.

Die Bedeutung von Workfare im Übergang zum Postfordismus

Im Umbau des Wohlfahrtsstaates und der Arbeitsmärkte durch Workfare werden die spezifischen Bedingungen (institutioneller und subjektiver Art) des Eintritts der Arbeitskräfte in das Lohnverhältnis und den Produktionsprozess in postfordistischen Ökonomien rekonstituiert. Die konflikthafte Restrukturierung staatlicher Praktiken und Institutionen verändert daher auch die Formen der (Nicht-)Teilnahme am Arbeitsmarkt, wie auch die Definition legitimer, alternativer Betätigungen, was zur postfordistischen Rekonstruktion der Klassen- und Geschlechterverhältnisse beiträgt (Peck 2003, 48f). Workfare ist daher eine *regulatorische* Strategie, welche postfordistische Arbeitsmärkte mitkonstruiert. In den „Boundary“-Institutionen (Peck 2003) zwischen Sozialpolitik und Arbeitsmarkt werden in widersprüchlichen Prozessen der Kategorisierung von Personen, der Zuerkennung von Ressourcen (z.B. monetärer Art) und der Anerkennung bestimmter Rollen und Aufgaben unterschiedliche Formen der (Nicht-)Partizipation im Erwerbsprozess oder in legitimen Alternativen (Kinderbetreuung) konstituiert. Diese Prozesse sind sowohl materiell als auch ideologisch zu verstehen. Sie unterwerfen die Betroffenen neuen Subjektivitätsanforderungen, da die konkrete Praxis bestimmter institutioneller Strategien eng mit der moralischen und normativen Konstruktion von Rechten und Pflichten der betroffenen Personen und der legitimen Sanktionierung möglicher Abweichungen (Kürzung der Leistungen für „Sozialschmarotzer“, Hilfe und Ausbildung für Opfer der Globalisierung etc.) verknüpft ist. „(...) there is a regulatory imperative not only to numerically adjust the flows of workers into and out of the wage labour, but also to endeavour remake workers themselves, their attitudes towards work and wages, their expectations about employment continuity and promotion prospects, their economic identities, and so on.“ (Peck 2003, 52)

Im Workfare-Staat wird Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem der Arbeitslosen und ihrer subjektiven Qualitäten (Verhaltensformen, Qualifikationen, Arbeitsethos, aber auch familiäre Verantwortung etc.) und nicht als Feld sozialer Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen widersprüchlichen Interessen kapitalistischer Gesellschaften anerkannt. Die Modernisierung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Systeme zielt daher auf die individuelle Aktivierung der Arbeitslosen und nicht auf eine Überwindung jener ökonomischen Verhältnisse, die Arbeitslosigkeit erst hervorbringen. Die sozialen Sicherungssysteme sollen von einer Hängematte in ein Sprungbrett zu mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft verwandelt werden (Ferrara / Hemerijck 2003). Die Beschäfti-

gungsfähigkeit der Arbeitskräfte (employability) und die Stärkung des Humankapitals stehen daher im Zentrum von Workfare. Die verhaltensspezifischen Dimensionen aktivierender Programme machen deutlich, dass Workfare mit weitergehenden Veränderungen der Qualität der Arbeitskräfte zu tun hat.

Die veränderten Anforderungen an die Qualitäten der Arbeitskräfte bedingen auch einen grundlegenden Umbau des Staates, in dem das Verhältnis zwischen Zentralstaat und lokalen staatlichen und im Falle der EU auch transnationalen Institutionen wie auch nicht-staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren und Institutionen neu artikuliert wird. Insbesondere letztere eignen sich im Zuge der öffentlichen Ausschreibung sozial- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben vormals öffentliche Aufgaben an. Im Workfare-Staat sollen durch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern eine effektive und effiziente Umsetzung von Programmen gewährleistet und privatwirtschaftliche Managementstrategien und Innovationsfähigkeit stimuliert werden, um lokalen Bedürfnissen angepasste Lösungen zu kreieren. Der Zentralstaat behält jedoch seine Schlüsselfunktion als Steuerungs- und Planungsinstanz. Er bestimmt weiterhin die programmatischen Rahmenbedingungen sozial- und arbeitsmarktpolitischer Programme und kann dies über die Kontrolle verschiedener Maßnahmen und ihrer Ausstattung mit Budgetmitteln gegenüber anderen AkteurInnen durchsetzen. Die zentralstaatliche Kontrolle verläuft nicht nur direkt über die Messung des Umsetzungserfolgs (Output und Performance) in Relation zum Mitteleinsatz, sondern zielt indirekt auch auf eine Veränderung lokaler und dezentraler Aushandlungsmuster sozial- und arbeitsmarktpolitischer Ansprüche und institutioneller Praktiken. Die Dezentralisierung und Fragmentierung öffentlicher Politik im Workfare-Staat, verstärkt die in der Individualisierung der Arbeitslosigkeit angelegte Entpolitisierung sozialer Widersprüche und ihrer Regulation. Dies erschwert daher die Bildung effektiver oppositioneller Bewegungen, die auf lokale Auseinandersetzungen zurückgeworfen werden.

Welfare-to-work in Großbritannien

„Employment Opportunity for all“ beschreibt nach Schatzkanzler Gordon Brown das Ziel der Welfare-to-work-Strategie Labours. In seiner ideologischen wie praktischen Bedeutung greift Welfare-to-work über arbeitsmarktpolitische Programme im engeren Sinne hinaus und verspricht die soziale Inklusion aller Teile der Bevölkerung und die (langfristige) Überwindung der Armut durch Vollbeschäftigung und moralische Erneuerung. Welfare-to-work ist daher auch im Kontext anderer Programme der Labour-Regierung zu sehen, etwa im Bereich der Ausbildungspolitik, der Regionalförderung oder auch des Vorgehens gegen nicht-konforme Lebensweisen.

In der Welfare-to-work-Strategie greifen zumindest drei Politikfelder ineinander. Dazu zählt erstens die Einführung des National Minimum Wage (NMW), dessen Höhe einerseits mit Blick auf befürchtete wirtschaftliche Auswirkungen (Inflation, Arbeitsplatzverluste) festgelegt, andererseits aber auch mit anderen sozialpolitischen Maßnahmen abgestimmt wurde. Zweitens gehört dazu die Umstellung des Steuersystems und der Ansprüche auf Transferleistungen, auf sogenannte In-Work-Benefits. Diese sollen sicherstellen, dass sich die Aufnahme einer Beschäftigung für Arbeitslose auszahlt („to make work pay“). Schließlich ist drittens auf die Programme des New Deal zu verweisen. Diese sehen für Langzeitarbeitslose (insbesondere Jugendliche im Alter von 18-24 Jahren, Erwachsene, alleinerziehende Mütter) die verpflichtende Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Programmen vor. Besonders die Verpflichtung der Arbeitslosen, daran teilzunehmen, hat zur Kritik geführt, Labour habe das erste vollentwickelte Workfare-Programm in Großbritannien eingeführt, wovon die Konservativen immer zurückgeschreckt seien, da sie befürchteten, dass dies zur staatlichen Garantie von Arbeitsplätzen führen würde.

Der National Minimum Wage

Die Einführung eines Mindestlohns war eines der zentralen Wahlversprechen New Labours, das 1999 umgesetzt wurde (€ 4.44 für 18- bis 21-Jährige, € 5.33 für Arbeitskräfte über 22 Jahre). Obwohl die Gewerkschaften und Anti-Armuts-Bewegungen den NMW grundsätzlich begrüßten, wurde die fixierte Höhe heftig kritisiert, stellte sie doch befürchtete inflatorische Tendenzen in den Vordergrund. Nach Angaben der von der Regierung eingesetzten Low Pay Commission profitierten etwa 5 Prozent der Beschäftigten (etwa 1,15 Mio) anstatt der erwarteten 8.5 Prozent davon. Dieser Wert wird jedoch von anderen Evaluationen bei weitem niedriger bei etwa 3.7 Prozent, angesetzt (Dickens / Manning 2003). Festzuhalten ist aber, dass zu 70 Prozent weibliche Arbeitskräfte (v.a. Teilzeitkräfte) vom NMW profitieren. Nach anfänglicher Vorsicht wurde der NMW bis 2004 auf € 7.18 (€ 6.07 für 18- bis 21-Jährige) erhöht. Dies entspricht insgesamt einer Erhöhung von etwa 35 Prozent seit 1999, was über der Steigerung der Durchschnittslöhne (+26 Prozent) in diesem Zeitraum liegt, wie Berechnungen des New Policy Institutes ergaben (Howarth / Kenway 2004).

Der Ausbau der In-Work-Benefits

Die im britischen Sozialsystem angelegten Armuts- und Arbeitslosigkeitsfallen, die dazu führen, dass Arbeitslose, die eine Beschäftigung annehmen, aufgrund des Verlustes von Ansprüchen kaum besser dastehen als vorher, werden als wesentliche Ursache für die Entstehung einer großen Zahl

sogenannter „Workless-households“ (Haushalte, in denen kein Erwachsener einer Erwerbstätigkeit nachgeht) angesehen. Die Zahl der „Workless-households“, die extrem armutsgefährdet sind, lag Ende der 1990er Jahre bei etwa 20 Prozent.

Im Rahmen der Welfare-to-work-Strategie baute Labour das System der In-Work-Benefits aus. Diese beruhen auf sogenannten Tax Credits, die wie eine negative Einkommenssteuer funktionieren und vom Finanzamt ausbezahlt werden. Das System der Tax Credits unter Labour ist weiter gefasst als das konservative und erreicht eine größere Zahl von Personen bis in die Mittelklassen hinein. Das System ist sehr komplex, da die Tax Credits nicht allein an das individuelle Einkommen, sondern auch an die Familiensituation gebunden sind. Anspruch auf Working Tax Credit (WTC) haben Familien mit Kindern, alleinerziehende Eltern und Personen mit Behinderung, die einer Beschäftigung von mindestens 16 Stunden pro Woche nachgehen. Einzelpersonen haben erst dann Anspruch auf WTC, wenn sie einer Beschäftigung von mindestens 30 Stunden nachgehen. Jährliche Einkommen von weniger als € 7.493 (€ 143.64 pro Woche) haben Anspruch auf den vollen Betrag des WTC (gegenwärtig € 85.89 pro Woche), dieser wird für jedes zusätzlich verdiente Pfund um € 0.55 reduziert. Das heißt, bis zu einem Einkommen von etwa € 20.730 pro Jahr besteht Anspruch auf Leistungen des WTC.

Child Tax Credit (CTC) (Maximum € 56.27 pro Woche für ein Kind, € 97.74 für zwei Kinder) wird direkt an die für die Kinderbetreuung hauptverantwortliche Person bezahlt. Anspruch auf die volle Höhe des CTC besteht bis zu einem Einkommen von etwa € 22.212 pro Jahr. Der Anspruch wird für jedes darüber hinausgehende Pfund um € 0,55 reduziert (bis zur Höhe von € 32.580). Einkommen zwischen € 32.580 und etwa € 85.890 haben Anspruch auf CTC von etwa € 14.8 pro Woche. Tax Credits können das Haushaltseinkommen alleinerziehender Eltern mit niedrigem Einkommen um fast 100 Prozent erhöhen (Howarth / Kenway 2004). Auch bei Paaren mit zwei Kindern, deren Haushaltseinkommen zwischen € 370 und € 430 pro Woche liegt, wird das Einkommen durch die Tax-Credits um € 103-133 pro Woche erhöht. 2004 bezogen etwa 15.1 Prozent (5.9 Mio) der Arbeitskräfte Tax Credits (der Großteil fällt auf CTC).

Tax Credit Systeme haben negative Auswirkungen auf die Lohnhöhe. Dies gilt je enger soziale Transferleistungen an die Bereitschaft zur Lohnarbeit gebunden sind. Transferleistungen tragen so zur Konkurrenz der Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt bei, da ArbeitgeberInnen normal entlohnte Beschäftigte durch BezieherInnen von Lohnsubventionen ersetzen. (Wilkinson 2001, 21). Howarth und Kenway betonen außerdem, dass Tax Credits negative Auswirkungen auf gewerkschaftliche Lohnverhandlungen haben können, da sich Lohnerhöhungen nicht mehr in einer direkten Erhöhung des Einkommens der Arbeitskräfte niederschlagen, wenn gleichzeitig der Anspruch auf Tax Credits reduziert wird.

„There is no fifth option“ – Der New Deal

Die New Deal-Programme wurden ab 1998 eingeführt. Der Umfang des New Deal, das Ausmaß der zur Verfügung gestellten Mittel, die weitreichende Artikulation mit anderen Politiken und die Bereitschaft, die Teilnahme am New Deal verpflichtend zu machen, lassen dieses Maßnahmenpaket zu einem definierenden Element der Politik von New Labour werden. Labour baute in der Konzeption des New Deal einerseits auf Erfahrungen der konservativen Regierung mit aktiven Arbeitsmarktprogrammen auf (Peck 2003), andererseits ist auf den Einfluss US-amerikanischer Politiken zu verweisen (Cebulla u.a. 2005).

Die lokale Umsetzung wurde nicht nur öffentlichen Einrichtungen, sondern in einigen Fällen auch privaten Unternehmen übertragen. Der New Deal for Young People (NDYP) für 18- bis 24-jährige Langzeitarbeitslose und der New Deal for Adults für Langzeitarbeitslose über 25 und unter 50 Jahren sind die wichtigsten Programme. Die Teilnahme an ihnen ist verpflichtend. Außerdem gibt es noch New Deal-Programme für alleinerziehende Eltern, über 50-Jährige, Personen mit Behinderungen, PartnerInnen von Langzeitarbeitslosen etc. Das New Deal-Programm besteht grundsätzlich aus zwei Stufen. Zuerst werden Langzeitarbeitslose dem sogenannten Gateway zugewiesen. Die Eingangsphase soll nicht länger als 4 Monate dauern und dient intensiver Beratung, Information und Lenkung (guidance) der Arbeitslosen. In dieser Zeit sollen Langzeitarbeitslose entweder in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis vermittelt – der Fokus liegt auf „Work first“ – oder auf eine der vier folgenden Optionen vorbereitet werden. Zu den Optionen gehört erstens die Aufnahme einer subventionierten Beschäftigung im Privatsektor (60£ pro Woche Unterstützung für den Unternehmer für 6 Monate, ein Ausbildungstag pro Woche), welche zumindest nach dem NMW entlohnt und in eine dauerhafte Anstellung münden soll. Die zweite Option besteht in der Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsprogrammen (Vollzeit, bis zu 12 Monate). Alternativ zu den bisher genannten Optionen gibt es darüber hinaus die Voluntary Sector Option und die Environmental Task Force, die besonders arbeitsmarktfernen Gruppen die Ausübung „gesellschaftlich nützlicher“ Tätigkeiten zur Sammlung von Arbeitserfahrungen ermöglichen sollen.

Der Zwangscharakter des New Deal führte zu heftigen Debatten, wobei die Regierung den Begriff Workfare aufgrund seiner negativen Konnotationen vermied und hervorhob, dass diese Programme endlich Rechte und Pflichten der Langzeitarbeitslosen und des Staates festlegten. Auf diese Weise würden Arbeitslose „empowered“ (Handler 2004, 18). Nach Einschätzung von Labour ist der New Deal ein umfassender Erfolg. So nähmen kontinuierlich etwa 80'000 Jugendliche am New Deal teil, etwa 1.3 Mio seit 1998. Bei den über 25-Jährigen liege die Zahl aktuell bei etwa 50'000 TeilnehmerInnen und seit Beginn des Programms bei insge-

samt etwa 800'000. Zu bezweifeln ist aber, ob der New Deal die Beschäftigungsaussichten für Langzeitarbeitslose auf Dauer verbessert. So zeigen die Daten, dass 30-35 Prozent der TeilnehmerInnen nach Ablauf des Programmes eine (nicht subventionierte) Beschäftigung fanden, die länger als drei Monate dauerte. Längerfristige Evaluationen liegen kaum vor. Umstritten ist auch, ob der New Deal zu einem Ausbau der Beschäftigung geführt hat. Evaluationen sprechen von 17'000 neuen Jobs (Blundell u.a. 2003), obwohl die Regierung ursprünglich mehr als 340'000 neue Stellen erwartete. Einschätzungen sind aber schwierig, da in Großbritannien seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein kontinuierliches Beschäftigungswachstum im Gange ist.

Außerdem ist zu befürchten, dass im New Deal TeilnehmerInnen vor allem in prekäre Jobs am Arbeitsmarkt vermittelt werden, jedoch wenig für die längerfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten getan wird (Peck 2003), da die Bedürfnisse des Marktes im Vordergrund stehen. Die Instabilität der Arbeitsverhältnisse und die damit verknüpfte Prekarität der Beschäftigten werden nicht gelindert. Arbeitskräfte bewegen sich kontinuierlich zwischen kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen und arbeitsmarktpolitischen Programmen. „Work first“ wird auf Kosten von Ausbildungsprogrammen der Vorzug gegeben, ein hoher Turn-over im unteren Arbeitsmarktsegment und Substitutionseffekte sind die Folge. Darüber hinaus fokussiere der New Deal auf jene Arbeitskräfte, die am leichtesten zu vermitteln sind („creaming“). „(...) in sharp contrast to „Third Way“ rhetoric of „learning and education as the key to prosperity“, the relative significance of vocation training, skill enhancement and upward mobility is rather limited. The emphasis on „sticks“ rather than „carrots“, implies that for those who remain (...) outside the reach of employment through employability measures and tax credits, poverty remains a persistent threat.“ (Ferrara / Hermijck 2003, 104)

Durchsetzung einer postneoliberalen Regulationsweise?

Die Anknüpfung an den Ergebnissen des Thatcherismus seitens New Labours führte von Anfang an zur Kritik, es handle sich beim Dritten Weg bestenfalls um eine Fortsetzung des Neoliberalismus, um einen „Thatcherism with a Christian Socialist face“ (Bob Jessop). Trotzdem wird festgestellt, dass New Labour einen Bruch mit der hegemonialen Strategie des Thatcherismus darstelle, die neoliberale Restrukturierung des Staates und die damit verknüpfte Akkumulationsstrategie (flexible Märkte etc.) aber weitgehend unangetastet lasse. „Thus, (...) New Labour (...) has clearly moved towards a more socially inclusive hegemonic project. This (...) recognizes the need to re-embed market forces into a broader, more cohesive social order. It aims to remoralize the neo-liberal accumulation strategy around a populist ‘one nation’ hegemonic project that will reduce

social exclusion without undermining the economic well-being of 'Middle England' (...)." (Jessop 2003, 139)

Angesichts der Entwicklungen im arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereich seit 1997 stellt sich aber die Frage, ob das Regierungsprojekt New Labours tatsächlich als Fortsetzung des Neoliberalismus gesehen werden kann, dem bloß die Funktion zukommt, soziale Polarisierungen und Verarmungstendenzen durch geeignete Maßnahmen abzufedern und ein Auseinanderfallen der Gesellschaft zu verhindern. Das Spezifikum der sozialpolitischen Maßnahmen und der Welfare-to-work-Strategie kommt auf diese Weise nicht in den Blick.

Meines Erachtens dient einer derartigen Analyse des Regierungsprojektes New Labours ein idealisiertes Zerrbild des keynesianischen Wohlfahrtsstaates als Maßstab. Die dekommodifizierenden Tendenzen des fordistischen Wohlfahrtsstaates wie auch seine reformistischen Tendenzen, die auf eine Ausweitung demokratischer Partizipation ausgerichtet waren, werden – unter Ausblendung des herrschaftsförmigen Charakters des Fordismus – überbetont. Demgegenüber deutet vor dem Hintergrund der Welfare-to-work-Strategie einiges darauf hin, dass New Labour im Gegensatz zum Thatcherismus eine soziale Stabilisierung der postfordistischen Ökonomie und der Auswirkungen der flexiblen Arbeitsmärkte durchsetzen und eine postfordistische Regulationsweise entwickeln kann, welche im traditionellen Koordinatensystem der Konfrontation zwischen (keynesianischem) Wohlfahrtssystem und neoliberaler Restrukturierung nicht zu erfassen ist.

Der Dritte Weg ist daher nicht einfach eine Fortsetzung des Neoliberalismus, sondern vielmehr ein anti-sozialistisches Gegenmodell kapitalistischer Regulation, welches zwar auf dem Thatcherismus aufbaut, jedoch zugleich darüber hinausgeht und den Individuen Teilhabe und Gerechtigkeit im postfordistischen Kapitalismus verspricht. Untersuchungen zeigen zwar, dass die Maßnahmen der Regierung bislang kaum zu einer Abnahme der Ungleichheit oder einer Reduktion der Armut geführt haben. Nach John Hills und Kitty Stewart konnten jedoch die bis anhin dominanten Trends gestoppt werden, was deswegen bemerkenswert sei, da dies trotz eines anhaltenden Wirtschaftsaufschwunges gelungen sei. Letzteres habe in Großbritannien historisch immer auch zu einer Zunahme der Ungleichheit geführt (Hills / Stewart 2005).

Die Integration in den Arbeitsmarkt und der Kampf gegen Armut spielen für die moralische Fundierung der Hegemonie Labours wie für die ökonomische Prosperität eine zentrale Rolle. Die oben dargestellten Maßnahmen sind für diese Strategie grundlegend. Der NMW stabilisiert und reguliert die flexibilisierten Arbeitsmarktstrukturen in Großbritannien, indem ein Boden eingezogen wird, unter den das Lohnniveau nicht fallen soll. Aufgrund seiner Verknüpfung mit dem System sozialer Transferleistungen erlaubt der NMW wirksame Interventionen des postfordistischen

Staates (s.u.) im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur umfassenden Aktivierung der Arbeitskräfte im globalisierten Wettbewerb.

Die durch den Thatcherismus verschobenen Machtverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital und die daraus resultierenden Arbeitsmarktstrukturen, wie sie z.B. durch die massive Schwächung der Gewerkschaften durchgesetzt wurden, werden jedoch nicht verändert. Durch den umfassenden Einsatz von In-Work-Benefits wird die Erwerbszentrierung der sozialen Sicherung massiv verstärkt. Die (begrenzte) Dekommodifizierung der Lohnarbeit und die Sicherung eines gewissen Einkommensniveaus bei verschiedenen Formen der Lohnarbeitslosigkeit sowie die damit verbundene Anerkennung lohnarbeitsfreier Zeit, welche die sozialen Kämpfe um die fordistischen Wohlfahrtssysteme bestimmten, werden institutionell weiter delegitimiert und residualisiert. Postfordistische Sozialpolitik wird immer mehr zu aktiver Arbeitsmarktpolitik – eben Workfare. Die klassischen Formen der Sozialpolitik werden auf Prävention absoluter Armut reduziert. Die arbeitsmarktpolitischen Programme des New Deal, die an der Schnittstelle von Armuts- und Beschäftigungspolitik stehen, sollen ein Abdriften Arbeitsloser in Langzeitarbeitslosigkeit und Worklessness verhindern. Disziplinäre Maßnahmen zur Sicherung des Arbeitsethos und Maßnahmen zur Veränderung der Qualitäten der Arbeitskräfte durch Aus- und Weiterbildung greifen ineinander und sichern die flexible Verfügbarkeit postfordistischer Arbeitskräfte im unteren Segment des Arbeitsmarktes.

Dieser Versuch, eine postfordistische Regulationsweise durchzusetzen, hat zumindest zwei Adressaten. Auf der einen Seite versucht sie Middle England an das Regierungsprojekt Labours zu binden, indem sie die Wiederherstellung des gesellschaftlichen Zusammenhalts („one nation“) und einer auf harter Arbeit, Respekt und Fleiß basierenden, nicht nur individualistischen Prosperität anbietet (daher die zentrale Bedeutung der Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen). Welfare-to-work verspricht in diesem Kontext, die Underclass nicht nur zu disziplinieren, sondern auch zu integrieren. Auf der anderen Seite bieten die Institutionen des britischen Workfare-Staates genau dieser Underclass bestimmte Kanäle der Integration in die Gesellschaft an. Welfare-to-work macht dabei aber den Arbeitslosen auch unmissverständlich klar, dass Labour keine Parallelgesellschaft der „Worklessness“ akzeptiert und dass es nicht die Gesellschaft ist, die sich verändern muss, sondern die Ausgeschlossenen sich bewegen müssen.

Literatur

- Blundell, Richard / Reed, Howard / van Reenen, John / Shephard, Andrew, 2003: The impact of the New Deal for Young People on the labour market: a four year assessment. In: Dickens, Richard / Gregg, Paul / Wadsworth, Jonathan (Hg.): The labour market under New Labour – The state of working Britain.. Houndsmills / Basingstoke
- Cebulla, Andreas / Ashworth, Karl / Greenberg, David / Walker, Robert (Hg.), 2005: Welfare-to-work: New Labour and the US-Experience. Aldeshot / Burlington

- Dickens, Richard / Manning, Alan, 2003: Minimum wage, minimum impact. In: Dickens, Richard / Gregg, Paul / Wadsworth, Jonathan (Hg.): The labour market under New Labour – The state of working Britain. Houndsmills / Basingstoke
- Ferrera, Maurizio / Hemerijck, Anton, 2003: Recalibrating Europe's welfare regimes. In: Zeitlin, Jonathan / Trubek, David (Hg.): Governing work and welfare in the new economy: European and American experiments. Oxford
- Gray, Anne, 2004: Unsocial Europe – Social Protection or Flexploitation? London/Ann Arbor
- Gregg, Paul / Harkness, Susan, 2003: Welfare reform and the employment of lone parents. In: Dickens, Richard / Gregg, Paul / Wadsworth, Jonathan (Hg.): The labour market under New Labour – The state of working Britain. Houndsmills/Basingstoke
- Handler, Joel, F., 2004: Social citizenship and workfare in the United States and Western Europe: the paradox of inclusion. Cambridge
- Hills, John / Stewart, Kitty, 2005: A More Equal Society? New Labour, poverty, inequality and exclusion. Bristol
- Howarth, Catherine / Kenway, Peter, 2004: Why worry any more about the low paid? London: New Policy Institute, www.npi.org.uk/reports/low%20pay.pdf (Download Oktober 2005)
- Jessop, Bob, 2002: The future of the capitalist state. Cambridge/Oxford/Malden
- Jessop, Bob, 2003: From Thatcherism to New Labour: Neo-Liberalism, workfarism, and labour market regulation. In: Overbeek, Henk (Hg.): The Political Economy of European Unemployment: European Integration and the Transnationalization of the Employment Question. London
- Low Pay Commission, 2005: National minimum wage. Low Pay Commission report, London, www.lowpay.gov.uk/lowpay/report/pdf/DTi-Min_Wage.pdf (Download Oktober 2005)
- McKnight, Abigail, 2005: Employment: Tackling poverty through ,work for those who can'. In: Hills, John / Stewart, Kitty (Hg.): A More Equal Society? New Labour, poverty, inequality and exclusion. Bristol
- Peck, Jamie, 1996: Work-Place. The social regulation of labour markets. New York/London.
- Peck, Jamie, 2003: Workfare states. New York/London
- Wilkinson, Frank, 2001: The theory and practice of wage subsidisation: some historical reflections. In: Radical Statistics, No 77, www.radstats.org.uk/no077/wilkinson.htm (Download Oktober 2005)

<p>Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt</p> <p>Postfach, 8031 Zürich PC 80 - 7761 - 7 Tel. 044 272 60 37 Fax 044 272 11 18 mail@solifonds.ch www.solifonds.ch</p>	<p><i>SOLIFONDS</i></p> <p>Menschenrechte gegen die Profitgier der Konzerne durchsetzen</p>
---	---